

## Medien-Information

---

07. September 2016

---

### **Sozialministerin Alheit: Demenzplan zentraler Beitrag für Versorgung der Zukunft**

KIEL. Zum Entwurf eines Demenzplans für Schleswig-Holstein, der diese Woche dem Landeskabinett vorgelegt wurde, erklärt Sozialministerin Kristin Alheit: „Mit dem vorliegenden Entwurf für einen Demenzplan reagiert die Regierungskoalition auf die Veränderungen in der Gesellschaft. Wir wollen die Lebensqualität von Menschen mit einer Demenz und ihren Angehörigen verbessern und die Gesellschaft für das Thema sensibilisieren. Gefragt ist eine zukunftsorientierte Infrastrukturplanung, die sich auf die Lebenslagen der Menschen im Stadtteil, in der Gemeinde oder im Kreis ausrichtet“, so Alheit. „Vor Ort müssen genauso kleine soziale Netzwerke und leicht zugängliche Betreuungs- und Entlastungsangebote entstehen. Der Demenzplan leistet einen zentralen Beitrag für die Weiterentwicklung der Unterstützungsformen.“ Als erstes deutsches Bundesland hat in Schleswig-Holstein der Landtag im Februar 2013 beschlossen, einen Demenzplan zu erstellen. Der 77 Seiten starke Entwurf liegt nun vor.

Die Zahl der in Schleswig-Holstein lebenden Menschen mit Demenz wird auf rund 53.500 geschätzt. Das sind bereits heute zwei Prozent der Bevölkerung in Schleswig-Holstein. Diese Zahlen steigen mit dem demographischen Wandel kontinuierlich an. „Zukünftig müssen also immer mehr Menschen damit umgehen, dass ihre Angehörigen an Demenz erkranken“, so Alheit. „Nicht nur Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste müssen sich zunehmend auf die spezifischen Anforderungen der Pflege und Betreuung von demenzkranken Menschen und ihren Angehörigen einstellen. Genauso müssen sich zukünftig auch Supermärkte, Banken, Feuerwehr, Polizei und die Nachbarn Kompetenzen erwerben, um angemessen mit Menschen mit einer Demenz umzugehen.“

Die Landesregierung hat bereits mit dem ersten Landespflegebericht eine fundierte Datengrundlage erstellt. „Der vorliegende Demenzplan ist eine geeignete Grundlage, um in gemeinsamer Verantwortung aller gesellschaftlichen Kräfte Prioritäten zu setzen, Verantwortlichkeiten festzulegen und Entscheidungen für konkrete Maßnahmen über Weiterentwicklungsbedarfe der Angebote sowie Strukturen zu treffen“, so Alheit.

Der Demenzplan verfolgt die Grundlinie, dass in Zukunft vermehrt ortsbezogene, intelligente, vernetzte Lösungen neu entwickelt werden müssen. Auch deshalb wurde großer Wert auf einen partizipativen Ansatz gelegt, der den Blickwinkel und die Interessen von Betroffenen einbezieht.

Daraus leiten sich folgende Schwerpunkte ab:

- Das Verantwortungsbewusstsein in den Kreisen und kreisfreien Städten für eine sozialraumorientierte Infrastrukturplanung und die Schaffung kleiner sozialer Netzwerke, niedrigschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote und die Nachbarschaftshilfe soll gestärkt werden.
- Die Beratung soll gestärkt werden: Eine frühzeitige und umfassende Beratung für Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen kann Versorgungsmängel und Überforderungen reduzieren, rechtzeitig auf Entlastungs- und Betreuungsmöglichkeiten hinweisen und ggf. Barrieren der Inanspruchnahme minimieren. Insbesondere im ländlichen Raum ist hierbei das Erfordernis einer zugehenden (mobilen) Beratung zu prüfen.
- Verstärkung der zielgruppenspezifischen Information und Beratung mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung der Inanspruchnahme von Betreuungs- und Entlastungsleistungen; Aufbau von landesweiten Beratungskompetenzen im Bereich der alltagsrelevanten technischen Anpassung im Wohnraum zum Erhalt der eigenen Häuslichkeit.
- Die ressortübergreifende Zusammenarbeit zur Sicherstellung der Versorgung im ländlichen Raum für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen (zum Beispiel Nahverkehr, Einkauf, Betreuungs- und Entlastungsangebote, pflegerische und ärztliche Versorgung) wird verbessert.
- Berufsbezogene und berufsübergreifende regionale Fortbildungsangebote und Bildungsangebote zu unterschiedlichen Aspekten der Demenz und des Umgangs mit Menschen mit einer Demenz werden ausgebaut.

Zur Umsetzung des Plans wird ein zweiter Runder Tisch „Demenzplan für Schleswig Holstein“ einberufen, der Prioritäten formulieren soll (November 2016). Danach werden die Empfehlungen einer breiten Fachöffentlichkeit im Rahmen einer Fachtagung vorgestellt (Dezember 2016). Die Landesregierung wird das Kompetenzzentrum Demenz für weitere fünf Jahre bis zunächst 2020 zusammen mit dem Spitzenverband der Pflegekassen fördern. Es leistet in diesem Arbeitsfeld bereits seit Jahren einen wichtigen Beitrag und ist ein wichtiger Akteur bei der Umsetzung des Demenzplans.

Der schleswig-holsteinische Demenzplan zeichnet sich insbesondere durch den partizipativen Ansatz aus. Die umfangreiche Beteiligung von verschiedenen Akteuren, Institutionen, Organisationen, Experten und Betroffenen trug dazu bei, viele Perspektiven zu erfassen und sie im Demenzplan aufzunehmen. Um den besonderen Belangen von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen Rechnung zu tragen, war mindestens ein Mitglied einer regionalen Alzheimer Gesellschaft als Vertreter der Selbsthilfe aktiv an der Erarbeitung des Demenzplans in jeder Arbeitsgruppe vertreten. Daneben wurde durch die Fachhoch-

schule Kiel im Rahmen einer Fokusgruppenanalyse die Perspektive von Menschen mit beginnender Demenz und deren Angehörigen erhoben.

---

Verantwortlich für diesen Presstext: Frank Lindscheid, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein | Adolf-Westphal-Straße 4, 24143 Kiel | Telefon 0431 988-5477 | E-Mail: [pressestelle@sozmi.landsh.de](mailto:pressestelle@sozmi.landsh.de) | Medien-Informationen der Landesregierung finden Sie aktuell und archiviert im Internet unter [www.schleswig-holstein.de](http://www.schleswig-holstein.de) | Das Ministerium finden Sie im Internet unter [www.sozialministerium.schleswig-holstein.de](http://www.sozialministerium.schleswig-holstein.de)